

Eßer, Klaus

Research Report

Die Partnerschaft mit Schwellenländern - Anforderungen an die deutsche Politik

Analysen und Stellungnahmen, No. 2/2000

Provided in Cooperation with:

German Institute of Development and Sustainability (IDOS), Bonn

Suggested Citation: Eßer, Klaus (2000) : Die Partnerschaft mit Schwellenländern - Anforderungen an die deutsche Politik, Analysen und Stellungnahmen, No. 2/2000, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/199851>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Partnerschaft mit Schwellenländern – Anforderungen an die deutsche Politik

Die Schwellenländer gewinnen für Stabilität und Dynamik der Weltwirtschaft an Bedeutung. Sie sind entscheidend für die Integration der Entwicklungsregionen in die globalen Kapital-, Güter- und Dienstleistungsmärkte und besitzen eine regionale Lokomotivfunktion; sie sind Motoren der regionalen Kooperation und Integration, lösen Mitzieh- und Demonstrationseffekte aus und übernehmen Aufgaben der regionalen Krisenprävention und Krisenlösung. Im Rahmen der globalen Zukunftssicherung sind sie unverzichtbare Partner der Industrieländer, um eine Trendwende beim Weltproblem Armut sowie eine Umkehr im globalen Umweltverbrauch und einen effektiven Schutz des globalen Ökosystems zu erzielen. Aus diesen Gründen kommt einer Partnerschaft zwischen Industrie- und Schwellenländern Bedeutung zu. Hier wird vor allem nach neuen Anforderungen an die deutsche Partnerschaft mit Schwellenländern gefragt.

- *Angesichts des internationalen Wettbewerbs und der knappen öffentlichen Ressourcen ist es wichtig, die deutschen auswärtigen Politiken mit den Schwellenländern stärker miteinander in bezug zu setzen. Die Identifizierung von Interessenschnittpunkten zwischen den Ministerien ermöglicht es, in der Politik gegenüber Schwellenländern Synergie- und Multiplikatoreffekte zu erzielen und Durchführungsinstitutionen verschiedener Ministerien enger als bisher miteinander zu verzahnen.*
- *Es liegt im deutschen Interesse, die deutschen wirtschaftlichen Positionen im wissensintensiven Industrie- und Dienstleistungssektor auszubauen. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien verändern auch in den Schwellenländern die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens grundlegend und lösen einen Strukturwandel in der Wirtschaft aus. Die Mitwirkung an der Gestaltung wissenschaftlich-technischer Institutionen und der Wissenstransfer begünstigen den Ausbau der Positionen der Wirtschaft. Hier besteht ein großes Potential für die Bündelung deutscher auswärtiger Politiken sowie für öffentlich-private Partnerschaft.*
- *Es liegt im beiderseitigen Interesse, daß Deutschland die Bemühungen von Schwellenländern, weltweit vorhandenes Wissen zu erschließen, fördert, indem es die vielfältigen eigenen Erfahrungen mit wirtschaftsnahem Technologiemanagement nutzbar macht. Akteure der Schwellenländer sollten dabei unterstützt werden, in deutschen Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu lernen, deutsche Unternehmen und Filialen führender Forschungs- und Beratungszentren in ihr Land zu ziehen und das erworbene Wissen in einer großen Zahl heimischer Unternehmen schnell zu nutzen.*
- *Nur eine hohe fachliche Kompetenz ermöglicht es der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), an der Gestaltung der Bildungs-, Innovations- und Wirtschaftssysteme von Schwellenländern mitzuwirken. Finanzielle und Technische Zusammenarbeit (FZ, TZ) sollten primär dem Wissenstransfer dienen und miteinander eng verzahnt sein. Bei der Zusammenarbeit mit Schwellenländern bietet sich eine flexible Konditionengestaltung bei weitgehendem Verzicht auf eine Finanzierung zu weichen Konditionen an.*
- *Wichtig ist die Mitgestaltung der EU-Politik gegenüber den Schwellenländern. Die EU sollte zur Stabilisierung der finanziellen Rahmenbedingungen der Schwellenländer beitragen. Sie sollte ihre EZ nutzen, um Schwellenländer im Kommunikations-, Informations-, Energie- oder Umweltsektor an Industrieländerstandards heranzuführen. Sie sollte außerdem die regionale Integration und interregionale Freihandelszonen fördern und europäische ordnungspolitische Konzepte bekannt machen.*

Relevanz der Schwellenländer im Weltmaßstab

Fünf Länder (Republik Korea, Taiwan, Singapur, Hongkong, Israel) haben aufgrund langjährig hoher technisch-industrieller Dynamik die Schwelle zu den Industrieländern überschritten und sind *Neue Industrieländer*. Elf weitere Länder (Überblick 1) nähern sich dieser Schwelle mehr oder weniger schnell an, weisen jedoch ausgeprägte wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte auf. Diese wirtschaftsstärksten Entwicklungsländer (Bruttosozialprodukt ab ca. 100 Mrd. US \$, 1997), die im übrigen recht unterschiedliche Charakteristika besitzen, werden hier als *Schwellenländer* bezeichnet.

Auf die Gruppe der Schwellenländer entfallen die wichtigsten wirtschaftlichen, insbesondere technisch-industriellen Potentiale der Entwicklungsregionen. Sie vereint 62 % der Bevölkerung, 69 % des Bruttosozialproduktes, 65 % der Exporte sowie 62 % des Bestandes und 76 % des

Zuflusses von ausländischen Direktinvestitionen aller Entwicklungsländer auf sich. In ihr leben etwa 73 % der Armen der Welt (bis zu 1 US \$ pro Tag). Auf sie entfallen etwa 21 % der CO₂-Emissionen (Entwicklungsländer insgesamt: ca. 25 %).

Zu einer Anschlußgruppe von zehn weiteren Ländern werden zwei Länder mit einem Bruttosozialprodukt von über 100 Mrd. US \$ gezählt; Saudi-Arabien ist wegen der Einseitigkeit seiner Volkswirtschaft kein Schwellenland; für den Iran liegen keine verlässlichen Daten vor. Die übrigen acht Länder der Anschlußgruppe mit einem Bruttosozialprodukt von 90 – 50 Mrd. US \$ weisen wirtschaftliche Dynamik, zugleich jedoch bedeutende Strukturschwächen auf. Die Grenzen zur Schwellenländergruppe sind fließend; der Iran kann nach Beendigung seiner Übergangskrise zu ihr gerechnet werden; die Philippinen und Chile nähern sich der Gruppe an.

Überblick 1: Die Gruppe der Schwellenländer und ihre Anschlußgruppe					
	Bevölkerung (Mio., 1997)	BSP (Mrd. US \$, 1997)	Export (Mrd. US \$, 1996)	Ausländische Direktinvestitionen (Mrd. US \$, 1997)	Bestand Zufluß
China	1.234	1.219	332	224	48
Brasilien	164	773	47	126	16
Rußland	147	404	81	13	6
Indien	961	374	32	12	3
Mexiko	95	349	95	87	12
Argentinien	36	306	27	36	6
Indonesien	200	222	50	62	10
Türkei	64	200	45	2	1
Thailand	61	170	71	23	4
Südafrika	38	130	18	14	2
Malaysia	21	98	78	45	5
Saudi-Arabien	9	130	58	40	–
Iran	61	114	19	2	–
Philippinen	73	89	20	10	1
Kolumbien	38	87	11	12	2
Venezuela	23	79	23	14	5
Chile	15	73	15	25	5
Ägypten	60	71	4	16	1
Pakistan	137	67	9	6	1
Peru	25	61	5	11	2
Ukraine	50	52	16	2	1

Quellen: Weltbank, UNCTAD, DAC

Dynamik in Schwellenländern – Anforderungen an Staat, Markt und Gesellschaft

Technisch-industrielle Dynamik sowie gesellschaftliche Integration und Kooperation beruhen auf dem komplementären Verhältnis eines starken und effektiven Nationalstaates sowie einer vitalen und effizienten Marktwirtschaft. In den Schwellenländern hat der Staat grundsätzlich marktkonforme und außenoffene makroökonomische Rahmenbedingungen durchgesetzt. Um seinen Kernaufgaben nachkommen zu können, entlastet er sich durch Deregulierung, Privatisierung von Staatsunternehmen und neue Formen öffentlich-privater Partnerschaft. Durch Staatsreformen ist er effektiver geworden, jedoch häufig nicht stark genug, um leistungsorientierte Regelwerke durchzusetzen und ihre Einhaltung sicherzustellen. Ein komplementäres Verhältnis von Staat und Markt, das ein am globalen Bezugsrahmen orientiertes nationales Wirtschaftssystem sowie breite gesellschaftliche Lernprozesse stärkt, wird häufig erst eingeübt.

Die Sicherung eines stabilen und wachstumsorientierten gesamtwirtschaftlichen Umfeldes stellt hohe Anforderungen an den Staat der Schwellenländer: Aus der Liberalisierung der Finanzmärkte trotz eher schwacher Finanzinstitutionen ergibt sich eine Tendenz zur Entkoppelung von monetärer und realer Ökonomie. Die Liberalisierung der Realwirtschaft kann, insbesondere bei unzureichender Regulierung, viele heimische Unternehmen überfordern. Die besonders dynamische Exportwirtschaft, in der die Einkommen überproportional steigen, ist unzureichend in die Volkswirtschaft integriert. Die Reformprozesse, die die Attraktivität der Länder für in- und ausländische Industrie- und Dienstleistungsinvestoren erhöhen sollen (Recht, kundennahe öffentliche Verwaltung als Standortvorteil, mesoökonomische Standortfaktoren im Unternehmensumfeld), erfordern Zeit.

Während die Industriegesellschaften im Umbruch zu wissensbasierten Systemen und Informationsgesellschaften stehen, stellt die unzureichende Fähigkeit zu Wissensmanagement und -transfer die größte Schwäche der Schwellen-

länder dar. Die nationale Wissensakkumulation wird auch durch eine unzureichende Quantität und Qualität der gesellschaftlichen Vorleistungen für die Wirtschaft erschwert. Zentrale Vorleistungen sind Bildung, technisch-naturwissenschaftliche Ausbildung, Wissenschaft und Forschung. Lernfähigkeit und Verfügbarkeit von Wissen ermöglichen, wie empirische Untersuchungen und wachstumstheoretische Ansätze zeigen, ein hohes wirtschaftliches Wachstum.

Die Mängel des Wissensmanagements und -transfers sowie der gesellschaftlichen Vorleistungen für die Wirtschaft schränken die Qualität des wirtschaftlichen Wachstums der Schwellenländer sowie ihren Beitrag zu einer Trendwende beim Weltproblem *Armut* und zu einer Wende im globalen Umweltverbrauch ein. Die Herausforderung dieser Länder besteht darin, die neuen Technologien wirtschaftlich zu nutzen, hierzu aktive, lernende und innovative Gesellschaften aufzubauen und Nachhaltigkeit durch eine wirksame Umweltpolitik zu sichern. Vorbeugender Umweltschutz wird in erster Linie über den Hebel *technischer Fortschritt* erzielt.

Partnerschaft von Industrie- und Schwellenländern

Dank ihrer Weltmarktorientierung, institutioneller Fortschritte, wettbewerbsfähiger heimischer Unternehmen und hoher ausländischer Direktinvestitionen werden die Schwellenländer wahrscheinlich schneller als die übrigen Entwicklungsländer wachsen. Dies spricht dafür, daß ihr Anteil am Weltexport zunimmt. Er übertrifft bereits den der USA (17,2 % vs. 16,5 %, 1997, bei Ausklammerung des Intra-EU-Handels). Auch ihr Anteil am Weltbestand und -zufluß ausländischer Direktinvestitionen (19 %, 28 %) wird wahrscheinlich weiter zunehmen.

Die technisch-industrielle Entwicklung in den Schwellenländern erfolgt, wie die deutsche Ausfuhr von Investitionsgütern verdeutlicht, nicht auf Kosten der Industrieländer. Zwar setzt sie die Industrieländer unter zusätzlichen Druck, zu Erhalt und Ausbau ihres Wettbewerbsvorteils permanent Wissen zu generieren; zugleich aber eröffnet sie ein großes Potential für Direktinvestitionen und Export. Allerdings verschärft sich der Wettbewerb der Industrieländer um Positionen in den Schwellenländern. An ihm beteiligen sich zunehmend auch – hauptsächlich in der jeweils eigenen Region – Unternehmen der Schwellenländer selbst. Die Erfolge im Wettbewerb der Investoren prägen die Entwicklung der Handelsströme.

Als Partner können Industrie- und Schwellenländer Rückschlägen gegen die Liberalisierung und Globalisierung begegnen. Gemeinsam vermögen sie das große Potential der Schwellenländer zu erschließen und zugleich deren soziale und ökologische Ungleichgewichte anzugehen. Auf diese Weise, außerdem durch die Unterstützung regionaler Kooperations- und Integrationsprozesse, die von den Schwellenländern ausgehen, können sie viele andere Entwicklungsländer in die globale Dynamik und Zukunftssicherung einbeziehen.

Die engere Zusammenarbeit einer wachsenden Gruppe starker und handlungsfähiger Nationalstaaten, die u.a. Interessen von Regionalgruppen artikulieren, ermöglicht Schritte zur Verbesserung der internationalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur. Sie schafft geeignete Interaktionsmuster für Konfliktlösungen sowie eine tragfähige institutionelle Basis für internationale Regulierung und *global governance*. Ein effektives globales Steuerungsinstrument kann bei schrittweiser Einbeziehung von Schwellenlän-

dem in die G 7 entstehen, eine *G 7 plus x* (zunächst eine G 12, mit China, Rußland, Brasilien, Indien und Mexiko) zum politischen, sicherheitspolitischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Steuerungsinstrument des UN-Systems werden.

Deutschland und die Schwellenländer: Neue Formen interministerieller sowie öffentlich-privater Arbeitsteilung

Die Intensivierung der grenzüberschreitenden Dimension der deutschen Außen-, Sicherheits-, Außenwirtschafts-, Finanz-, Verkehrs-, Wissenschafts- und Forschungs-, Sozial- und Entwicklungspolitik wirft die Frage nach dem Bedarf an Steuerung auf. Wegen dieser Ausdifferenzierung der auswärtigen Politiken ist es erforderlich, die durch lockere Absprache der jeweiligen Arbeitsbereiche geprägte Arbeitsteilung zwischen den Ministerien, die nicht selten ein unkoordiniertes Nebeneinander der außengerichteten Politiken zur Folge hat, zugunsten einer kohärenten, teils sogar integrierten Politik zu überwinden. Institutioneller Pluralismus ist effektiv, wenn er mit wachsender Steuerungskompetenz einhergeht. Bei der Nutzung des Kohärenz-, Komplementaritäts- und Kooperationspotentials der deutschen auswärtigen Politiken fällt dem AA eine wichtige Aufgabe zu.

Eine Politik dieser Art setzt Entscheidungen zu strategischer Ausrichtung und Schwerpunktbildung der auswärtigen Politiken sowie einen verbesserten Informationsfluß zwischen den Ministerien, teils auch mit deren Durchführungsinstitutionen und mit dem privaten Sektor voraus. Sie verstärkt die Katalysator- und Marktöffnungseffekte des öffentlichen Sektors für die Wirtschaft und trägt zur Einbindung der Privatwirtschaft und lokaler Initiativen bei. Die Partnerschaft mit Schwellenländern erfordert ressortübergreifende, mit dem privaten Sektor abgestimmte länderspezifische Kooperationskonzepte, und zwar auf beiden Seiten mit einer regionalen Dimension. In diesen – bei AA-Federführung erstellten – handlungsleitenden Konzepten sollte die Gestaltung des Wissenstransfers eine wichtige Rolle spielen. Außer AA, BMWi und BMZ sollte daher auch das BMBF in interministerielle Ausschüsse, gemischte Kommissionen und regionale Gesprächskreise eingebunden werden.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Auf die Schwellenländer entfallen etwa 11 % der deutschen Einfuhr, etwa 12 % der deutschen Ausfuhr (1997) und 7 % – 8 % der deutschen ausländischen Direktinvestitionen (1996). Nach den Übergangs- und Finanzkrisen nimmt ihr Bedarf an Produkten und Verfahren der Fertigungs-, Energie- und Umwelttechnik wieder zu. Da sich in den Schwellenländern die Tendenz verstärkt, langlebige Konsum- sowie Kapitalgüterindustrien aufzubauen, sind sie für die starken deutschen Wirtschaftssektoren (Maschinenbau, Chemie, Elektrotechnik, Automobilindustrie) von großem Interesse.

Es ist jedoch wichtig, die wirtschaftlichen Positionen auszubauen:

- Dies gilt vor allem für Direktinvestitionen im wissensintensiven Industrie- und Dienstleistungssektor, in dem US-Unternehmen in Schwellenländern stark vertreten sind.

- Der Ausbau arbeitsteiliger Produktionsnetzwerke vor Ort pflegt weitere Direktinvestitionen und zusätzliche Exporte auszulösen.
- Die Regionalisierung der Märkte eröffnet neue Investitionsperspektiven; Unternehmen einiger Industrieländer setzen auf gemeinsame Investitionen mit Unternehmen von Schwellenländern in deren Nachbarländern.
- Die Beteiligung an der Privatisierung von Staatsunternehmen und der Konzessionsvergabe von Anlagen der öffentlichen physischen Infrastruktur verlangt Risikobereitschaft; diese ist bei Unternehmen der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens ausgeprägt.
- *Deutsche Häuser* und Technologieinstitute tragen zur Verbesserung von Positionen der Wirtschaft bei. Weitere mutige Impulse zur Stärkung der Präsenz im wissensintensiven Industrie- und Dienstleistungssektor von Schwellenländern sind zu prüfen (Beispiele: systematische Unterstützung junger Technologieunternehmen, Förderung exportorientierter Gemeinschaftsunternehmen der Umwelttechnik, Beiträge zum Aufbau naturwissenschaftlicher Fakultäten mit regionaler Ausstrahlung und weltweitem Ansehen).
- Ein Verbund wissenschaftlich-technischer, umwelt- und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit sowie öffentlich-private Partnerschaften würden die öffentlichen und privaten Steuerungs- und Problemlösungskompetenzen vor Ort stärken.

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (WTZ) ein zentrales Partnerschaftselement. BMBF und BMZ können die Bedingungen für die wirtschaftliche Verflechtung mit den Schwellenländern und ein wissensintensives Wachstum in diesen, das eng an die Leistungsfähigkeit der dortigen nationalen Innovationssysteme anknüpft, weiter verbessern. So kann die WTZ den Wissenstransfer an öffentliche Institutionen sowie Klein- und Mittelunternehmen, zugleich eine abgestimmte EZ die Entwicklung der Forschungs- und Technologiepolitik sowie der Durchführungsinstitutionen unterstützen. Beide sollten die Konzentration auf eine begrenzte Zahl von Leitthemen sowie Leistungsanreize in der Wissenschaft, anwendungsnahe FuE-Institutionen, eine marktnahe Auftragsforschung und einen nachfrageorientierten Technologietransfer anregen.

Kern einer breiten Zusammenarbeit mit einem Schwellenland kann ein auf Multiplikatoreffekte gerichtetes Institut, wie z.B. das Deutsch-Brasilianische Technologieinstitut, sein. Letzteres dient dem Abbau des Mangels an Fachhochschulingenieuren und qualifizierten Facharbeitern, der Weiterbildung, als Technologietransferzentrum (Informations- und Technologiebörse), Modellfabrik (Demonstrationslabor) sowie Ausstellungs- und Zertifizierungsinstrument. Es kann Ausgangspunkt einer Systemberatung durch die EZ sein, die auf Bildungsreformen, ein wirtschaftsnahes Technologiemanagement oder den Aufbau einer regionalen oder nationalen KMU-orientierten Wirtschaftsförderung gerichtet ist. Mit solchen Institutionen können Stipendien für die Fortbildung in technologieorientierten Studiengängen in Deutschland abgestimmt werden.

Entwicklungspolitische Partnerschaft

Ein Rückzug der Entwicklungspolitik aus den Schwellenländern, den wichtigsten Bewegungskräften der Entwicklungsregionen, wäre für beide Seiten und auch für die übrigen Entwicklungsländer nicht sachdienlich. Eine EZ, die sich in Subventionsverteilung an arme kleine Länder, Hinterlandregionen und Bevölkerungsgruppen sowie in verstreuten lokalen Interventionen erschöpfte, besäße im Hinblick auf die Auslösung von Dynamik in den Entwicklungsregionen sowie auf Weltprobleme, insbesondere die Verringerung von Armut, geringe Relevanz. Gerade in den Schwellenländern ist, auch wegen ihrer wachstumsbegünstigenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte, mit sozialen und ökologischen Verwerfungen zu rechnen, welche die Weltprobleme verstärken, vielleicht sogar die politische Stabilität gefährden. Darüber hinaus hängt die Dynamik der meisten anderen Entwicklungsländer von der Lokomotivfunktion der Schwellenländer ab.

Signifikant sind fachlich ausgewiesene Beiträge zu Orientierung und Funktionsfähigkeit der beiden Basisinstitutionen, Nationalstaat und Privatwirtschaft. Dies gilt insbesondere für die Mitgestaltung von Politiken, Institutionen und Instrumenten im Bereich der gesellschaftlichen Vorleistungen für die Wirtschaft. Vor allem diese tragen zu Abbau von Armut, tatsächlicher Gleichstellung der Frau

Signifikanz als zentrales Kriterium der Entwicklungspolitik meint: strategische Relevanz, vor allem durch Beiträge zur politisch-institutionellen und gesellschaftlichen Systemintegration und -dynamik, Breitenwirksamkeit und Nachhaltigkeit unter technischen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten sowie Sichtbarkeit auf der subnationalen regionalen, nationalen und supranationalen regionalen Ebene aufgrund eines eindeutigen, unverwechselbaren, an den eigenen Angebotsstärken orientierten Profils.

in der Gesellschaft und Verringerung des Bevölkerungswachstums bei. In einer Situation, in der die Akkumulation von technischem Wissen zum zentralen Produktionsfaktor geworden ist, sind Aussagen wie die mancher EZ-Akteure, Wissensübertragung verliere als Aufgabe der EZ an Bedeutung, abwegig. Ohne Akkumulation von speziellem Wissen läuft sozialer Wandel ins Leere.

Beispiel für ein Schwerpunktprogramm

Klein- und Mittelunternehmen beider Seiten sollte die Teilnahme an internationalen Lernprozessen, an denen sie aufgrund von Informationsdefiziten und hohen Transaktionskosten noch wenig partizipieren, ermöglicht werden. Dies gilt für unternehmensbezogene Dienstleister oder für Betriebe, die sich bei der Konzessionierung öffentlicher Infrastrukturdienste engagieren. Manche solcher Unternehmen können im Rahmen spezifischer („Zwei plus zwei-“) Programme der WTZ in internationale Technologienetze eingebunden werden.

Das BMZ hat damit begonnen, die auf Einzelmaßnahmen zielende Projekthilfe sowie die Zahl der Partnerinstitutionen und -länder zu reduzieren und die EZ auf wenige

Schwerpunktprogramme pro Land zu konzentrieren. Es wäre sinnvoll, pro Schwellenland lediglich ein hochwertiges Schwerpunktprogramm durchzuführen (Beispiele: *Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik; KMU-orientierte Wirtschaftsförderung; städtisch-industrieller Umweltschutz*).

Strategische Partnerschaft der EU mit den Schwellenländern

Die Probleme der deutschen auswärtigen Politiken wiederholen sich zugespißt auf der EU-Ebene (Vielfalt grenzüberschreitender Ansätze, schwache Steuerungskompetenz der Außenpolitik). Die EU, als potentiell wichtiger globaler Akteur, muß jedoch die Beziehungen zu den Schwellenländern intensivieren (Beispiele: interregionale Freihandelszonen, die allerdings eine liberalere Agrarpolitik der EU verlangen; eine regional gebündelte WTZ in ausgewählten Bereichen; die Förderung der regionalen Integration sowie weniger, global relevanter Schwerpunktprogramme, die auch die EZ von Mitgliedsländern sowie Maßnahmen des Privatsektors bündeln, z.B. zwecks Annäherung von China und Brasilien an Industrieländerstandards im Kommunikations- und Informations-, Energie- oder Umweltsektor).

Die EU und ihre Mitgliedsländer sollten die multilateralen Institutionen (IWF, Weltbank, regionale Entwicklungsbanken) drängen, einen stabileren finanziellen Rahmen für Schwellenländer zu schaffen. Es geht insbesondere darum, sie wirksamer gegen spekulative Angriffe zu immunisieren (Ansatzpunkte: *tragfähige Verschuldung, aussagefähige Risikoindikatoren, Transparenz über die Verschuldungssituation*).

Die EU und ihre Mitgliedsländer sollten der ordnungspolitischen Dimension mehr Bedeutung beimessen. Seit Mitte der 70er Jahre spielt in den Schwellenländern der *libertäre Liberalismus* eine wichtige ordnungspolitische Rolle. Es gilt, den Suchprozeß dieser Länder nach tragfähigen Entwicklungskonzepten und -strategien zu unterstützen, z.B. das Kennenlernen der regulativen Konzepte und Institutionen Europas, also eines dem Anspruch nach *egalitären und nachhaltigen Liberalismus*, zu fördern.

Dr. Klaus Eßer

Leiter der Abteilung „Industrialisierung fortgeschrittener Entwicklungsländer; Lateinamerika“

Weiterführende Literatur

Eßer, K. (1999): Partnerschaft mit Schwellenländern – Aufgaben der Entwicklungspolitik, DIE, Berichte und Gutachten 11, Berlin

Stamm, A. (1999): Wirtschaftsnahes Technologiemanagement – Erfahrungen aus Deutschland und Implikationen für die fortgeschrittenen Länder Lateinamerikas, DIE, Berichte und Gutachten, 7, Berlin

DEUTSCHES INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK®
GERMAN DEVELOPMENT INSTITUTE · INSTITUT ALLEMAND DE DEVELOPPEMENT
HALLERSTRASSE 3 · D-10587 BERLIN · TELEFON (030) 390 73-0 · TELEFAX (030) 390 73-130
DIE-Berlin@die-gdi.de · www.die-gdi.de · ISSN 1434-8934